

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
I. Einleitung: Der Staatsnotstand als (wieder) aktuelles Thema	
A. Problemstellung und Ziel der Arbeit	
B. Forschungsfragen	
II. Der Begriff des Staatsnotstands aus staats- und verfassungstheoretischer Sicht	
A. Rechtlicher Begriffsinhalt des Staatsnotstands und begriffliche Abgrenzung	
1. Allgemeines: Das Problem der Definition des »Staatsnotstands«	9
2. Kann bzw muss der »Staatsnotstand« überhaupt definiert werden?	10
3. Auswahl der Literatur	13
4. Die historische Begriffsentwicklung	15
5. Der Ausnahmezustand als »absolute Ausnahme«?	17
6. Die Getrenntheit zwischen der Norm und ihrer Anwendung im Ausnahmezustand	23
7. Vom Ausnahmezustand zum Staatsnotstand	28
8. Notstand – Staat – Staatsnotstand	30
9. Staatsnotstand iws	34
10. Das Problem der Rückkehr zum Normalzustand ...	37
11. Effektivität versus Normativität	39
12. Der Begriff der Krise	42
13. Der (gesamt-)staatliche Krisenfall	45
14. Ergebnis: Der rechtliche Begriffsinhalt des Staatsnotstands, des Ausnahmezustands und der Krise	47
B. Rechtliche Einordnung des Staatsnotstands	50
1. Die Grundfrage nach der Stellung des Staatsnotstands zur bzw in der Rechtsordnung	50
2. Auswahl der Literatur	51

3. Staatsnotstand außerhalb der Rechtsordnung: Das Staatsnotrecht als »überpositives Recht«	51
4. Staatsnotstand als Teil der Rechtsordnung	64
5. Gegenüberstellung der beiden Ansichten	67
6. Ergebnis der Gegenüberstellung	74
C. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Staatsnotstands	77
1. Die drei Kategorien der Staatsgefahr	77
2. Äußere Gefahr	78
3. Innere Gefahr	80
4. Katastrophenzustand	84
5. Ergebnis der Kategorisierung der Notstandsfälle ...	86
D. Das Notstandsrecht als Rechtsfolge eines Staatsnotstands	89
1. Allgemeines: Der Zusammenhang von Staatsnotstand und Notstandsrecht	89
2. Notstandsrecht, Notstandsverfassungsrecht und Notstandsverfassung	89
3. Formelles und materielles Notstandsrecht	91
4. Allgemeines und besonderes Notstandsrecht	92
5. Positives und negatives Notstandsrecht	93
6. Die zwei Funktionen des Notstandsrechts: Prävention und Intervention	94
7. Explizites und implizites Notstandsrecht	97
8. Ergebnis: Der weite Begriff des »Notstandsrechts«	99
E. Typische Regelungsinhalte des Notstandsrechts	100
1. Allgemeines: Notstandsrecht im westlich- abendländischen Verfassungsstaat	100
2. Beginn, Fortdauer und Ende des Notstands	100
3. Auswirkungen auf die horizontale Gewaltenteilung	108
4. Auswirkungen auf die vertikale Gewaltenteilung ...	112
5. Erleichterte Verfahren für Rechtserzeugung und Vollziehung	114
6. Potenzielle Grundrechtsbeschränkungen und das Verhältnismäßigkeitsprinzip	115
7. Kontrollmöglichkeiten	125
8. Ergebnis: Die Probleme und Risiken des Notstandsrechts	137

F.	Staatsnotstand und Verfassungsänderungen	139
1.	Mögliche Auswirkungen von Notständen auf Verfassungen	139
2.	Punktuelle Verfassungsänderungen im Staatsnotstand	140
3.	Grundsätzliche Verfassungsänderungen aufgrund eines Staatsnotstands	143
4.	Verfassungsdiskontinuierungen aus Anlass eines Staatsnotstands	144
5.	Ergebnis: Der Vorteil resilenter Verfassungen	146
G.	Das Ergebnis der staats- und verfassungstheoretischen Erörterung	148
III.	Die österreichische Notstandsverfassung	151
A.	Gibt es in Österreich eine Notstandsverfassung?	151
B.	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	154
C.	Die einzelnen Bestimmungen der österreichischen Notstandsverfassung	156
1.	Die Sitzverlegung oberster Bundesorgane (Art 5 Abs 2 B-VG)	156
a.	Allgemeines und historische Grundlagen	156
b.	Voraussetzungen für die Sitzverlegung	156
c.	Die Organe, deren Sitz verlegt werden kann	157
d.	Verfahren und Dauer der Sitzverlegung	158
e.	Der Ort, an welchen der Sitz verlegt werden kann	160
f.	Rechtliche Eignung von Art 5 Abs 2 B-VG zur Notstandsbewältigung	163
2.	Der Kriegsfolgentatbestand (Art 10 Abs 1 Z 15 fünfter Tb B-VG)	164
a.	Allgemeines und historische Grundlagen	164
b.	Der Kriegsfolgentatbestand als (subjektive) Bedarfsgesetzgebungskompetenz des Bundes	167
c.	Krieg – Wirtschaft – Kriegswirtschaft	168
d.	Zeitliche Schranken des Anwendungsbereichs des Kriegsfolgentatbestands	172
e.	Kompetenzkonkurrenz und Überschattungstheorie	176
f.	Rechtliche Eignung von Art 10 Abs 1 Z 15 fünfter Tb B-VG zur Notstandsbewältigung	179

3. Das Notverordnungsrecht des BPräs (Art 18 Abs 3–5 B-VG)	180
a. Allgemeines und historische Grundlagen	180
b. Der Regelungsgegenstand einer Notverordnung	181
c. Voraussetzungen für die Anwendung des Notverordnungsrechts des BPräs	184
d. Notverordnungsrecht und Gewaltenteilung	189
e. Das Verfahren zur Erlassung einer Notverordnung	190
f. Inhaltliche Schranken der Notverordnung	193
g. Die Kontrolle von Notverordnungen durch den VfGH	195
h. Rechtliche Eignung von Art 18 Abs 3–5 B-VG zur Notstandsbewältigung	200
4. Die Berufung des NR in einen Ort außerhalb Wiens (Art 25 Abs 2 B-VG)	204
a. Allgemeines	204
b. Begriffliche Unterschiede und inhaltliche Gemeinsamkeiten im Vergleich zu Art 5 Abs 2 B-VG	204
c. Rechtliche Eignung von Art 25 Abs 2 B-VG zur Notstandsbewältigung	206
5. Die Verlängerung oder Verschiebung des Wahltags der Nationalratswahl (Art 26 Abs 3 zweiter Satz B-VG)	207
a. Allgemeines und notstandsspezifische Bedeutung von Art 26 Abs 3 zweiter Satz B-VG	207
b. Einfachgesetzliche Ausgestaltung in § 87 NRWO	208
c. Rechtliche Eignung von Art 26 Abs 3 zweiter Satz B-VG zur Notstandsbewältigung	210
6. Lenkungsmaßnahmen zur direkten Wirtschafts- lenkung bei Gefahr im Verzug (Art 55 Abs 5 B-VG)	211
a. Allgemeines	211
b. Erleichterte Verordnungserlassung bei Gefahr im Verzug	212
c. Lenkungsverordnungen als Krisenverordnungen	213

d. Rechtliche Eignung von Art 55 Abs 5 B-VG zur Notstandsbewältigung	215
7. Die militärische Landesverteidigung als Hauptaufgabe des Bundesheeres (Art 79 Abs 1 erster Satz B-VG)	216
a. Allgemeines und historische Grundlagen	216
b. Militärische Landesverteidigung als Gefahrenabwehr	216
c. Zuständigkeiten im Rahmen der militärischen Landesverteidigung	219
d. Rechtliche Eignung von Art 79 Abs 1 erster Satz B-VG zur Notstandsbewältigung	221
8. Der Assistenzeinsatz des Bundesheeres (Art 79 Abs 2 B-VG)	223
a. Allgemeines	223
b. Abgrenzung zur militärischen Landesverteidigung	223
c. Der Assistenzeinsatz als sekundäre Aufgabe des Bundesheeres	224
d. Die weiteren Aufgaben des Bundesheeres als »Assistenzaufgaben«	225
e. Voraussetzungen für einen Assistenzeinsatz	226
f. Zuständigkeiten im Rahmen eines Assistenzeinsatzes	232
g. Der sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsatz (Art 79 Abs 2 Z 1 B-VG)	233
h. Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges (Art 79 Abs 2 Z 2 B-VG)	235
i. Rechtliche Eignung von Art 79 Abs 2 B-VG zur Notstandsbewältigung	236
9. Das selbständige militärische Einschreiten des Bundesheeres (Art 79 Abs 5 B-VG)	238
a. Allgemeines und historische Grundlagen	238
b. Voraussetzungen für ein selbständiges Einschreiten des Bundesheeres	239
c. Rechtliche Eignung von Art 79 Abs 5 B-VG zur Notstandsbewältigung	241

10. Die Militärgerichtsbarkeit in Kriegszeiten	
(Art 84 B-VG)	242
a. Allgemeines und grundsätzliche Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit	242
b. Die »Kriegszeiten« als verbleibender Anwendungsfall der Militärgerichtsbarkeit	243
c. Rechtliche Eignung von Art 84 B-VG zur Notstandsbewältigung	245
11. Das Notverordnungsrecht der LReg	
(Art 97 Abs 3 und 4 B-VG)	246
a. Das Notverordnungsrecht der LReg als Nach- bildung des Notverordnungsrechts des BPräs	246
b. Der Regelungsgegenstand einer Notverordnung der LReg	247
c. Das Verfahren zur Erlassung einer Notverordnung der LReg	247
d. Inhaltliche Schranken der Notverordnung der LReg	248
e. Rechtliche Eignung von Art 97 Abs 3 und 4 B-VG zur Notstandsbewältigung	250
12. Die Notstandskompetenz des LH	
(Art 102 Abs 5 B-VG)	250
a. Allgemeines	250
b. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Notstandskompetenz des LH	251
c. Maßnahmen, welche unter die Notstandskompetenz fallen	256
d. Föderalistische Aspekte	259
e. Notstandskompetenz und Notverordnungsrecht im Vergleich	260
f. Rechtliche Eignung von Art 102 Abs 5 B-VG zur Notstandsbewältigung	261
13. Das ortspolizeiliche Verordnungsrecht	
der Gemeinden (Art 118 Abs 6 B-VG)	261
a. Allgemeines und notstandsspezifische Bedeutung von Art 118 Abs 6 B-VG	261
b. Der Begriff der »Ortspolizei«	262
c. Voraussetzungen für die Erlassung ortspolizeilicher Verordnungen	263

d. Verfahren zur Erlassung und Kontrolle von ortspolizeilichen Verordnungen	266
e. Ortspolizeiliche Verordnung und Notverordnung	267
f. Rechtliche Eignung von Art 118 Abs 6 B-VG zur Notstandsbewältigung	269
14. Die Ausnahme vom Schutzbereich des Briefgeheimnisses in Kriegszeiten (Art 10 StGG)	270
a. Allgemeines	270
b. Verhältnis zu Art 8 EMRK	270
c. Grundrechtsträger und Schutzbereich	271
d. »Kriegsfälle« als Ausnahmetatbestand	275
e. Rechtliche Eignung von Art 10 StGG zur Notstandsbewältigung	276
15. Ausnahmen vom Schutzbereich des Verbots der Zwangs- und Pflichtarbeit (Art 4 Abs 3 lit b und c EMRK)	278
a. Allgemeines	278
b. Grundrechtsträger und Schutzbereich	279
c. Dienstleistungen militärischen Charakters als Ausnahmetatbestand (Art 4 Abs 3 lit b EMRK)	281
d. Dienstleistungen im Falle von Notständen und Katastrophen als Ausnahmetatbestand (Art 4 Abs 3 lit c EMRK)	283
e. Rechtliche Eignung von Art 4 Abs 3 lit b und c EMRK zur Notstandsbewältigung	284
16. Der Suspensionsvorbehalt der EMRK (Art 15 EMRK)	286
a. Allgemeines	286
b. Das Günstigkeitsprinzip und Art 15 EMRK	286
c. Voraussetzungen für eine Grundrechtssuspension	288
d. Maßnahmen auf der Grundlage von Art 15 EMRK als vorübergehende Grundrechtssuspension	292
e. Schranken der Grundrechtssuspension	292
f. Mitteilungspflicht und Kontrollmöglichkeiten	296
g. Rechtliche Eignung von Art 15 EMRK zur Notstandsbewältigung	298

D. Die typischen Regelungsinhalte des Notstandsrechts in der österreichischen Notstandsverfassung	300
1. Allgemeines	300
2. Beginn, Fortdauer und Ende des Notstands in der österreichischen Notstandsverfassung	301
3. Auswirkungen auf die horizontale Gewaltenteilung in der österreichischen Notstandsverfassung	304
4. Auswirkungen auf die vertikale Gewaltenteilung in der österreichischen Notstandsverfassung	305
5. Erleichterte Verfahren für Rechtserzeugung und Vollziehung in der österreichischen Notstandsverfassung	306
6. Potenzielle Grundrechtsbeschränkungen und das Verhältnismäßigkeitssprinzip in der österreichischen Notstandsverfassung	308
7. Kontrollmöglichkeiten in der österreichischen Notstandsverfassung	311
E. Leistungsfähigkeit und Defizite der österreichischen Notstandsverfassung	313
1. Die zwei Aspekte der Leistungsfähigkeit der Notstandsverfassung	313
2. Die COVID-19-Judikatur des VfGH als Indikator für die Leistungsfähigkeit der österreichischen Notstandsverfassung	314
a. Die COVID-19-Pandemie als Staatsnotstand	314
b. Die COVID-19-Judikatur des VfGH als verallgemeinerungsfähige »Notstandsjudikatur«	316
c. Das differenzierte Legalitätsprinzip in Krisenzeiten	317
d. Die Verhältnismäßigkeit von Grundrechts-eingriffe in Krisenzeiten	323
3. Fazit: Leistungsfähigkeit der Notstandsverfassung und Notstandsfestigkeit der Bundesverfassung	326
F. Ausblick: Möglichkeiten einer Erhöhung der Notstandsfestigkeit der Bundesverfassung	328
1. Anhaltspunkte für Verbesserungen der Notstandsverfassung	328
2. Notstandsverfassungsrechtsbereinigung	328

3.	Senkung der Hürden für die Inanspruchnahme einzelner Bestimmungen der Notstandsverfassung	329
4.	Ein eigenes »Legalitätsprinzip für Krisenzeiten«?	330
5.	Grundrechtsspezifische Sonderregelungen	330
6.	Einführung von Eilverfahren vor dem VfGH	332
7.	Grundlegende Reform der Notstandsverfassung zu einem konsolidierten, systematischen Gebilde	333
8.	Schaffung eines Staatsnotstands im formellen Sinn	334
9.	Exkurs: Das B-KSG	335
IV.	Schlussbemerkungen: Staatsnotstand und Notstandsverfassung zwischen vergangenen, aktuellen und zukünftigen Herausforderungen	339
	Literaturverzeichnis	345
	Stichwortverzeichnis	363